

Blickpunkt



Landtag



Informationen und Nachrichten

aus dem Landtag für Sie und den Kreis Warendorf



Liebe Leserinnen und Leser,

ein anstrengendes und ereignisreiches Jahr liegt hinter der CDU und mir. Nach dem im März der Landtag aufgelöst worden ist und damit die rot-grüne Minderheitsregierung scheiterte, bedurfte es eines kurzen und intensiven Wahlkampfes. Dieser endete jedoch mit einem desaströsen Ergebnis für die CDU und bedeutet nun fünf Jahre Opposition. Trotz dieses schlechten Ergebnisses ist es mir dank Ihrer Unterstützung gelungen, wieder in den Landtag einzuziehen und ich kann auch in den kommenden fünf Jahren die Interessen meines Wahlkreises in Düsseldorf vertreten. Jetzt gilt es, die Blicke in die Zukunft zu richten und sich neu zu orientieren.



Für meine politische Arbeit im Landtag ist mir nach wie vor die persönliche und unmittelbare Bürgernähe sehr wichtig. Dabei möchte ich weiterhin ehrlich und offen mit den Bürgerinnen und Bürgern über ihre Probleme, Anregungen und Ideen reden, um so unsere erfolgreiche Arbeit fortzusetzen. Am Ende dieses Jahres möchte ich es nicht versäumen, Ihnen von Herzen zu danken. Meine Aufgaben und die Freude an meiner Arbeit sind das Ergebnis Ihres Vertrauens und der wunderbaren Zusammenarbeit.

Nun steht aber erst einmal eine besinnliche Zeit vor der Tür, die wir nutzen sollten, um uns zu sammeln, Kraft zu tanken und zur Ruhe zu kommen. Mögen Muße und Zeit füreinander die Hektik der Vorweihnachtszeit ablösen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit. Für das Jahr 2013 wünsche ich Ihnen Glück, Erfolg und vor allem Gesundheit sowie Gottes Segen.

Ihre

Astrid Birkhahn



Oh Tannenbaum, Oh Tannenbaum – der etwas andere weihnachtspolitische Appell

Mit dem Antrag „Rot-grüne Landesregierung darf Weihnachtsbaumtradition in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden“ verabschiedet sich die FDP-Landtagsfraktion aus dem politischen Jahr 2012. Mit ihrem Antrag will die FDP die Weihnachtsbaumkultur in Nordrhein-Westfalen erhalten, denn der Weihnachtsbaum ist ein Kulturgut. Sein Anbau hat in Nordrhein-Westfalen eine lange Tradition. Seit Generationen wachsen die Bäume, ohne die sich vor allem Kinder ein Weihnachtsfest gar nicht mehr vorstellen können, insbesondere als forstwirtschaftliche Nebenproduktion in den Wäldern unseres Landes. Plänen der rot-grünen Landesregierung zufolge sollen im Wald gelegene Weihnachtsbaumkulturen künftig nicht mehr als Wald im Sinne des Landesforstgesetzes anerkannt werden, um so eine weitere Ausdehnung des Anbaus von Weihnachtsbäumen in Waldflächen zu verhindern. Ihr Anbau soll stattdessen einen Eingriff in Natur und Landschaft darstellen, der einer behördlichen Genehmigung unterliegt. Abgesehen vom Sauerland belegen Weihnachtsbaumkulturen landesweit aber nur einen Bruchteil der nordrhein-westfälischen Waldfläche. Im Regelfall handelt es sich um kleine Betriebe, die den Wald nachhaltig bewirtschaften. Sie werden von der Bevölkerung akzeptiert und gewünscht. Denn sie bieten die Möglichkeit, selbst in den Wald zu gehen und einen Weihnachtsbaum zu schlagen, bei dem der Käufer weiß, wie und wo der Baum erzeugt worden ist.

Es wird einmal mehr deutlich, wie süchtig die Landesregierung nach Regelung und Bevormundung ist, dass sie selbst vor einem derartigen Brauchtum nicht mehr zurückschreckt. Konsequenterweise müsste sie jetzt nur noch rot-grüne Weihnachtskugeln am Tannenbaum als Schmuck erlauben.

Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag



Die letzten drei Plenartage in diesem Jahr waren gekennzeichnet von der

Einbringung des Haushalts 2013. Nach den ersten Entwürfen plant die rot-grüne Landesregierung auch für das kommende Jahr weitere Schulden. Trotz sprudelnder Einnahmequellen macht die Landesregierung 3,5 Milliarden Euro Schulden. Neben dem Landeshaushalt 2013 wurde aus aktuellem Anlass auch über die Situation bei Opel in Bochum debattiert. Im Kern der Debatte ging es darum, dass betriebsbedingte Kündigungen verhindert werden sollen.

Im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und den zahlreichen mittelständischen Betrieben wurde auch über das Gesetz zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen debattiert. Auch das Thema Ladenöffnungszeiten setzte die Landesregierung auf die Tagesordnung und brachte in erster Lesung einen Gesetzesentwurf ein.

Zum Abschluss eines ereignisreichen politischen Jahres in Nordrhein-Westfalen brachte die Landesregierung in erster Lesung das Gesetz zur Rauchmelderpflicht in den Landtag ein.

Alle Entscheidungen dieser Plenarwoche sowie die dazugehörigen Reden finden Sie unter: www.landtag.nrw.de

Astrid Birkhahn besucht die gfw

Zu einem Arbeitsbesuch ist die Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn jetzt bei der gfw-Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf GmbH zu Gast gewesen. Wichtige Themen standen in dem Gespräch mit Petra Michalczak-Hülsmann, Geschäftsführerin der gfw, auf der Tagesordnung.

Beim Thema Fachkräfte waren sich Astrid Birkhahn und Petra Michalczak-Hülsmann darin einig, dass in der Region ausreichend Angebote für junge Menschen bereitgestellt werden müssen. Das betrifft das Thema Ausbildungsstellen genauso wie der Aufbau von dualen Studienmöglichkeiten im Kreis Warendorf. Ausdrücklich lobte Astrid Birkhahn die Arbeit des |HOCHSCHUL- KOMPETENZ- ZENTRUMS| studieren & forschen e. V..

Petra Michalczak-Hülsmann erläuterte das gfw-Programm „Arbeitswelt 3.0“, das im kommenden Jahr im Angebotsportfolio eine zentrale Rolle spielen wird. Die gfw will damit insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, die sich beim Wettbewerb um die besten Fachkräfte - als attraktiver Arbeitgeber - neu positionieren und aufstellen möchten.

Impressum Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Telefon: 0211 - 884 - 2744

Telefax: 0211 - 884 - 3346

E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de

www.astrid-birkhahn.de

Jägers neue Modellrechnung zum GFG 2013: mehr Verlierer, mehr Verluste

Nach der ersten vorläufigen Modellrechnung zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsge-
setz 2013, die der Innenminister am 29. Au-
gust vorstellte, standen den Kommunen insge-
samt noch rund 63 Millionen Euro mehr zur
Verfügung. In der am 4. Dezember veröffent-
lichten 2. Modellrechnung zum GFG 2013 feh-
len diese 63 Millionen Euro. Das sorgt dafür,
dass sich nunmehr 223 der 396 NRW-
Kommunen mit weniger Zuweisungen als im
Vorjahr abfinden müssen. Auch der Kreis Wa-
rendorf erhält nochmals weniger Zuweisungen
vom Land, insgesamt nur noch
53.237.819Mio. Euro und damit -
9.804.071Mio. Euro weniger als im Vorjahr.
Nur die guten Steuermehreinnahmen sind der

Grund, dass es nicht noch mehr Verluste in
den Kommunen gibt. „Was droht der kommu-
nalen Familie von dieser Landesregierung
dann wohl im nächsten Jahr? Bis zum Jahr
2020 müssen von den angeblich ‚leistungs-
starken‘ Kommunen insgesamt 1,365 Mrd.
Euro für eine ‚Abundanzumlage‘ zur Finanzia-
rung des ‚Stärkungspaktes‘ aufgebracht wer-
den. SPD-Kommunalminister Jäger sorgt mit
seiner vermeintlichen Gleichmachungspolitik
dafür, dass auch die letzten noch ‚gesunden‘
Kommunen ins Straucheln geraten. Diese Lan-
desregierung setzt die kommunale Selbstver-
waltung aufs Spiel“, erklärt Astrid Birkhahn
abschließend.

Rot-grünes Rauchverbot beschädigt ehrenamtliches Engagement

Als „massive Beschädigung des ehrenamtli-
chen Engagements“ bezeichnen die heimi-
schen Landtagsabgeordneten Henning Reh-
baum MdL und Astrid Birkhahn MdL die von
SPD und Grünen im Düsseldorfer Landtag be-
schlossene Verschärfung des Nichtraucher-
schutzgesetzes. „Schützen-, Karnevals- und
zahlreichen weiteren Vereinen im Kreis Wa-
rendorf, die Brauchtumsveranstaltungen or-
ganisieren, drohen künftig Bußgelder von bis
zu 2.500 Euro“, sagt Henning Rehbaum MdL.
Diese können laut Gesetz ab Mai 2013 ver-
hängt werden, wenn die Veranstalter die Ein-
haltung des Rauchverbots nicht kontrollieren.
„Es ist mir vollkommen schleierhaft, wie dies
etwa in einem Festzelt mit Hunderten von
Menschen in der Praxis funktionieren soll. Wie
sollen die Ordnungsbehörden Kreis Warendorf
beurteilen, ob der Veranstalter den Verstoß
toleriert oder überhaupt nicht mitbekommen
hat? Rot-Grün fördert das Entstehen von De-
nunziantentum“. Die CDU-Politiker weisen
zudem auf die drohenden Auswirkungen auf
die örtliche Gastronomie hin: „Zahlreiche
Gastwirte stehen jetzt vor großen Existenz-
ängsten. Das gilt zum einen für unsere Eck-
kneipen, in denen die Menschen nach einem
harten Arbeitstag am Abend ein Bier trinken
und dabei eine Zigarette rauchen wollen. Das
gilt vor allem aber auch für die vielen Gastwir-

te, die oftmals große Summen in den Umbau
ihrer Gaststätten investiert haben, um speziel-
le Raucherräume zu schaffen. Und wenn künf-
tig die private Feier in einer Gaststätte mit
Vorbuchungen und Ablaufbesprechungen zum
Organisationsmarathon wird, nur weil der
Großvater an seinem 80. Geburtstag eine Zi-
garre rauchen möchte, ist das an Bürokratie-
Irrsinn nicht zu überbieten“, erläutert Astrid
Birkhahn. Nordrhein-Westfalen habe bereits
vor der rot-grünen Änderung ein angemesse-
nes und konsequentes Nichtraucherschutzge-
setz gehabt. Beide Abgeordneten betonen:
Nichtraucher müssen uneingeschränkt am
öffentlichen Leben teilhaben können, ohne
sich gegen ihren Willen einer Gesundheitsge-
fährdung durch Tabakrauch auszusetzen. Dies-
es Ziel ist mit dem unter der CDU-geführten
Landesregierung geschaffenen Gesetz bereits
erreicht worden. Vorher durfte in öffentlichen
Gebäuden wie Schulen, Bahnhöfen und Kran-
kenhäusern noch überall geraucht werden.
Die rot-grüne Gesetzesänderung, der auch die
Abgeordneten der SPD und der Grünen zuge-
stimmt haben, ist dagegen nichts anderes als
ein Angriff auf die Selbstbestimmtheit freier
Bürger. Die rot-grünen Volkserzieher wollen
die Menschen in unserem Land bevormunden
und entmündigen.